PB.Z-01-085 Kapitel 5: Zusammen leben

Antragsteller*in: Ulrich Lindner (KV Schwabach)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:
einen modernen Sozialstaat werden. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.
Um die überkommenen Arbeitsweisen einfacher und effektiver zu gestalten, braucht es parallel zur Digitalisierung eine grundlegende Reform der Verwaltungskultur – dies hat die Corona-Krise an zahlreichen Stellen offengelegt. Die Verwaltungsfachleute können ihre Kompetenz noch zu selten umsetzen, da die Verwaltung zu stark auf sich selbst und zu wenig auf das Ergebnis ausgerichtet sowie von starkem Sicherheitsdenken geprägt ist. Die Reformkonzepte liegen längst auf dem Tisch, im Gegensatz zu vielen Nachbarländern sind sie aber in den letzten 25 Jahren kaum angewendet worden. Diese Reform umfasst unter anderem die Schaffung besserer Steuerungsinstrumente im Haushalt, eine Transformation der noch immer sehr hierarchischen Führungskultur sowie eine Reform der Beamtenausbildung an Haupt und Gliedern.

Begründung

Die Pandemie hat gezeigt, dass die Verwaltung in Deutschland an vielen Stellen nicht gut funktioniert, und dies stellt nicht nur erstes ein Problem für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für die Umsetzung sämtlicher politischer Maßnahmen dar. Denn die Verwaltung ist nach Max Weber „politische Herrschaft im Alltag“. Die Verwaltungskultur ist, auch nach bisher weitgehend erfolglosen Versuchen der Modernisierung immer noch von folgenden Schwächen geprägt:

- Wenig Flexibilität und Lösungsorientierung
- Fehlende Bürger*innennähe
- Komplexitätssteigerung zur Risikoabsicherung
- Hierarchiedenken verbunden mit unklaren Führungs- und Organisationsstrukturen
- Fehlende vorbereitende Eigeninitiative, Warten auf Anweisungen und Vorschriften
- Mangelnde Qualitätssicherung

Dabei verfügen die staatlichen Verwaltungen eigentlich über fachlich hervorragend ausgebildete Mitarbeiter:innen, die aber auf Grund der genannten Schwächen in der Verwaltungskultur in den Behörden ihre ganze Kompetenz nur ungenügend umsetzen können. Ein ganz wesentlicher Ansatz für einen besser funktionierenden, bürgernahen Staat im Programmentwurf ist ja die bislang auch weitgehend ausgebliebene Digitalisierung der Verwaltung. Wenn dieses schwierige Veränderungsprojekt aber auf eine nicht mehr zeitgemäße Verwaltungskultur mit zu komplizierten Zuständigkeiten und ineffizienten Arbeitsprozessen trifft, dann wird auch die Digitalisierung nur sehr stockend Fortschritte machen.

Deshalb brauchen wir dringend parallel zur Digitalisierung eine grüne Verwaltungsmodernisierung, die die Probleme bei der Wurzel packt. Die Zeit dafür ist reif, denn das Bewusstsein und die Offenheit für Digitalisierung in der Verwaltung hat

u.a. durch Home Office einen kräftigen Schub erhalten – auch das schlechte Funktionieren der Verwaltungen wird neuerdings breit diskutiert. Diese Reform muss an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen, u.a. an der Ausbildung der Nachwuchskräfte, an der Organisation und den Prozessen der Verwaltung, an der Führungskultur sowie an der fehlenden Bürger:innenorientierung.

weitere Antragsteller*innen

Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Heidi Schiller (KV München); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Dennis Paustian-Döscher (KV Hamburg-Wandsbek); Henrike Hahn (KV München); Michael Merkel (KV Bochum); Ingrid Schröder-Donaubauer (KV München); Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck); Susanna Scherer (KV Aschaffenburg-Land); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Oliver Strisch (KV Eichstätt); Herbert Weber (KV München); Roland Spiegel (KV Mühldorf); Ingo Werner (KV Landsberg-Lech); Andreas Kraus (KV Nürnberg-Stadt); David Rüll (KV München); Maria Krieger (KV Kelheim); Sonja Obermeier (KV Ebersberg); Kerstin Daser (KV Mühldorf); Martin Wolf (KV Miesbach); Holger Kramer (KV Landsberg-Lech); Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt); Thomas Mack (KV Neu-Ulm); Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt); Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land); Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Robert Dietz (KV Nürnberg-Stadt); Gerhard Schmid (KV Bamberg-Land); Katrin Greiner (KV Schwabach); Claudia Köhler (KV München-Land); Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg); Florian Tischler (KV Nürnberg-Stadt); Sami Saleh (KV München-Land); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Johannes Luber (KV Nürnberg-Stadt); Anton Josef Heine (KV München); Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt); André Höftmann (KV Fürth-Land); Holger Schmidt-Endres (KV Fürstenfeldbruck); Frédérique Schmidt-Baricault (KV Fürstenfeldbruck); Doris Wagner (KV München); Philipp Reiber (KV München)